

**UFE: Umsatzsteuerbetrug kostet Europa 100 Milliarden**

Mehr als 100 Delegierte, Gastdelegierte und Gäste begrüßte UFE-Präsident Dieter Ondracek beim 42. Komitee der Union des Finanzpersonals in Europa vom 5. – 8. September 2004 in Stockholm.

Erfreulich war, dass neben den bisherigen EU-Mitgliedstaaten wiederum Kollegen aus Norwegen, Island und der Schweiz anwesend waren. Im Vorgriff auf die EU-Erweiterung zum 1. Mai 2004 waren die ungarische Steuergewerkschaft sowie die polnische Zollgewerkschaft der UFE beigetreten. Bei der diesjährigen Komiteetagung erklärte auch der tschechische Zollverband seinen Beitritt.

Prominente Referenten waren u. a. der schwedische Finanzminister Bo Ringholm sowie der Generaldirektor der schwedischen Zollverwaltung Göran Ekström, der Vizegeneralmanager der Steuerverwaltung, Alf Nilsson sowie die Gewerkschaftschefs Anne Carnhede und Björn Hartvigsson.

In seiner Ansprache gab der schwedische Finanzminister einen Überblick über die wirtschaftliche Gesamtlage und Entwicklung Schwedens, auch in Bezug auf die Einbindung in den EU-Durchschnitt und im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsländern. Im Hinblick auf die Wirtschaftsindikatoren erläuterte er die sehr guten Werte Schwedens bei Ausbildung und Forschung, insbesondere der Ausbildung jüngerer Leute sowie den hohen Beschäftigungsstand. Die Arbeitslosigkeit betrage zurzeit in Schweden 5 %, wobei man für 2006 avisiert habe, sie auf 4 % zu senken, während im EU-Durchschnitt 8 % Arbeitslosigkeit festzustellen seien. Negative Faktoren seien das hohe Preisniveau in Schweden, die hohen Transportkosten sowie naturgemäß auch die erheblichen Heizkosten. Ringholm erläuterte die schwedischen Pläne, die Einkommensteuer für die Haushalte zu senken.

UFE-Präsident Dieter Ondracek ging in seiner Rede auf die Probleme für den Zollbereich durch die Verschiebung der EU-Außengrenzen ein. Daneben wurden die Bedingungen für ein funktionierendes Zollwesen dargelegt, wie die Vereinheitlichung der IT-Standards, die Intensivierung des Datenaustausches sowie die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aus- und Fortbildung. Solche Bemühungen sind die Voraussetzungen, dass die Zollverwaltungen auch in Zukunft ihre Rolle als Sicherheits- und Gesundheitsgarant für die Gesellschaft erfüllen können. In diesem Zusammenhang

erläuterte Ondracek die Notwendigkeit der Standardisierung der Mindestbeschauquoten bei der Ein- und Ausfuhr von gewerblichen Waren, wie auch das Erfordernis einer Vereinbarung der USA mit der gesamten EU im Rahmen des Projekts „Container-Security“ bei den europäischen Seehäfen.

Im steuerlichen Bereich verlangte Ondracek, folgende Punkte zu beachten: Eine einheitliche Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer ist unverzichtbar. Der Spielraum für den Umsatzsteuerbetrug hat sich mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedsstaaten erweitert. Die Problematik der Schwarzarbeit und der damit einhergehenden Steuerhinterziehung wächst. Aspekte der EU-Zinssteuerrichtlinie werfen Fragen auf.

Der Generaldirektor der Zollverwaltung, Göran Ekström, referierte über die Herausforderungen für den schwedischen Zoll, insbesondere über den geplanten Ausbau und Einsatz der IT. Mittlerweile würden 90 % der Zollformulare elektronisch ausgefüllt werden. Bezogen auf die Effizienz rangiere die schwedische Zollverwaltung nach einem internationalen Ranking an vierter Stelle hinter Singapur, Dänemark und Finnland.

Der Vizegeneralmanager der Steuerabteilung, Alf Nilsson, berichtete über den Aus- und Umbau der schwedischen Steuerverwaltung. In Schweden werde das Ziel verfolgt, die Steuererhebung, die bisher u. a. beim Staat und den Gemeinden lag, aus Effizienzgründen nur beim Staat zu konzentrieren. Zum Erstaunen der Delegierten legte er dar, dass die Steuerverwaltung auch für das polizeiliche Meldewesen sowie Erbschaftsregistrierungen zuständig sei. Da man in Schweden einen sehr großen Informationsaustausch habe, insbesondere auch nahezu vollständig über die Einkünfte der Steuerbürger informiert sei, werde es möglich, Jahr für Jahr ca. 7,5 Mio. bereits ausgefüllte Steuererklärungen zu verschicken. Der Großteil dieser Steuererklärungsvorschläge werde von den Bürgern akzeptiert.

Die Gewerkschaftschefs Anne Carnhede und Björn Hartvigsson erläuterten die spezifischen Probleme der Beschäftigten in der schwedischen Steuer- bzw. Zollverwaltung.

Bei den anschließenden Formalien der Komiteesitzung wurde für den zurückgetretenen UFE-Vizepräsidenten Mike Duggan (GB) Kollege Frank Campbell (GB) nachgewählt, der sich gegen Dr. Salvatore Veltri (Italien) durchsetzen konnte.

Bei der Diskussion der Steuerrechtsproblematiken im Komitee sprach sich die UFE für die Angleichung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen bzw. des steuerlichen Gewinnbegriffs aus, da dies für den Vergleich der steuerlichen Belastung der Unternehmen und mehr Transparenz dringend sei. Die Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen sei ein erster Schritt auf dem Weg zu einem europaweiten Mindeststeuersatz bei der Körperschaftsteuer.

Im Hinblick auf den grenzüberschreitenden Umsatzsteuerbetrug, der ein europaweites Phänomen mit gigantischen Ausmaßen ist, sieht die UFE dringend Handlungsbedarf. So führen die EU-weiten grenzüberschreitenden Transaktionen jährlich zu einem Verlust von mehr als 100 Mrd. Euro, wobei durch die Erweiterung um zehn Länder der „Spielraum“ für Betrüger im wahrsten Sinne des Wortes erweitert wird. Der zuständige Kommissar Frits Bolkestein hatte auf Grundlage des aktuellen Berichts über die EU-weite Zusammenarbeit im Kampf gegen den Umsatzsteuerbetrug die Auffassung vertreten, der Betrug könne auch ohne einschneidende Änderungen des Systems wirksam eingedämmt werden, wenn die Mitgliedsstaaten verbessert zusammenarbeiten und ihre jeweiligen nationalen Kontrollvorschriften verbessern. Die Kommission vertritt also die Auffassung, die Staaten müssten mehr Personal einsetzen, um die gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Die UFE forderte daher die Mitgliedsstaaten der EU auf, die Feststellung der Kommission umzusetzen und das Personal in der Umsatzsteuerprüfung zu verstärken. Das in der Umsatzsteuerprüfung eingesetzte Personal spielt die eigenen Kosten bei weitem wieder ein und sorgt dafür, dass der Staat die notwendigen Mittel erhält, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Davon abgesehen sieht die UFE aber auch weiteren Bedarf, die internationale Zusammenarbeit bei der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung zu verbessern.

Mit dem Problem der wachsenden Schwarzarbeit und damit der Steuerhinterziehung befasste sich das UFE-Komitee ebenfalls. Der Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt hat in einigen europäischen Staaten ein „besorgniserregendes Ausmaß“ angenommen. Es gäbe daher keinen plausiblen Grund, betonte UFE-Präsident Dieter Ondracek, weshalb der Fiskus jährlich viele Milliarden Euro Steuergelder und Abgaben an unredliche Bürger verschenken solle. Zum anderen müsse der Staat die Steuersätze erhöhen, weil sich ein Großteil der Steuerpflichtigen

der Steuerzahlung entzieht. Dies bedeute, dass der steuerehrliche Teil der Bevölkerung nicht nur die eigenen Steuern zahle, sondern auch für die Unehrliehen mitzahle.

Die UFE fordert daher die Staaten mit einem besonders hohen Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt auf, wirksame Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit zu ergreifen, um so den einzelnen Mitgliedern und der Europäischen Union die notwendigen Mittel zu erhalten, um ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Im Hinblick auf die sogenannte EU-Zinssteuer und ein härteres Vorgehen gegen den grenzüberschreitenden Steuerbetrug in der Gemeinschaft sah das UFE-Komitee erheblichen Handlungsbedarf. Auch die Verschiebung des Inkrafttretens der sogenannten EU-Zinssteuer auf den 1. Juli 2005 sei nicht akzeptabel. Wer den Staat bestehle, bestehle die Armen, da er dem Staat die notwendigen Mittel zur Aufgabenerfüllung entziehe. Der Arbeitnehmer könne sein einziges Kapital, seine Arbeitskraft bzw. die Entlohnung hierfür, nicht steuerfrei ins Ausland verlagern. Kapital hingegen kenne keine Grenzen. Es sei daher sicherzustellen, dass die Schweiz und die übrigen, unter den Geltungsbereich der EU-Zinsrichtlinie fallenden Staaten, dafür Sorge tragen, dass die EU-Zinsrichtlinie so schnell wie möglich in Kraft treten könne, um weiteren Steuerbetrug zu verhindern. Das UFE-Komitee fordert zudem, die von der Zinsrichtlinie erfassten Erträge weit zu fassen und erkennbaren Umgehungstendenzen entgegenzusteuern, um so Schlupflöcher zu schließen. Ansonsten drohe die europaweite Zinsbesteuerung, die zur Bekämpfung des Steuerbetrugs notwendig sei, zur Quellensteuer für die Dummen zu werden, unterstrich UFE-Präsident Dieter Ondracek.

Nachfolgend einige Bilder :



Finanzminister Bo Ringholm im Gespräch mit dem UFE-Präsidium,  
 v.l.n.r.: Vizepräsident Jorn Rise Andersen (DK), Finanzminister Bo Ringholm, Kerstin Grahn (S),  
 UFE-Chef Dieter Ondracek (D), UFE-Generalsekretär Rafael Zender (D), Vizepräsidenten Nico  
 Goor (NL) und Klaus-Hilger Leprich (D)



UFE-Präsident Dieter Ondracek im Gespräch mit dem schwedischen Finanzminister Bo  
 Ringholm



Blick in die Reihen der Delegierten